

Mittendrin

Öffentliche Kulturförderung und kulturpolitische Diskurse in der Krise

von Jürgen Kirschner

"Mit 'Wumms' aus der Krise. Kann das Milliardenpaket des Bundes die Kultur retten?" Im Titel der Sendung vom 12. Juni 2020 im Deutschlandradio Kultur wird die Ankündigung von Finanzminister Olaf Scholz aufgenommen, durch enorme staatliche Hilfen in die globale Krise einzugreifen. Mit Blick auf die aktuelle deutsche Kulturlandschaft, fast ohne Hinweis auf die Implikationen der über lange Jahre geteilten Entwicklung in Ost und West, wird in dieser einstündigen Podiumsdiskussion das kulturpolitische Handwerk der föderalen Kulturförderung im politischen System beschrieben – in den Grenzen der Verfassung und in immer neuer Balance der Akteure.

Ulrich Khuon, der Intendant des Deutschen Theaters, hat eingeladen und – moderiert vom Kultur-Koordinator des Deutschlandfunks Dr. Hans Dieter Heimendahl – diskutieren Dr. Skadi Jennicke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Kultur der Stadt Leipzig, Dagmar Schmidt, Sprecherin des Bundesverbandes der Bildenden Künstlerinnen und Künstler, Wolfgang Schmidt, Staatssekretär aus dem Bundesfinanzministerium, und Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, in Berlin. Das Gespräch wurde, bedingt durch die Einschränkungen der Pandemie, ohne Publikum aufgezeichnet und anschließend in der Reihe 'Wortwechsel' ausgestrahlt. Es ist weiterhin in der Audiothek des Senders zu hören. Damit ist auf Initiative des Deutschen Kulturrates, des Deutschen Bühnenvereins, des Deutschen Theaters und des Deutschlandfunk Kultur der 'kulturpolitische Salon' eröffnet, in dem künftig Kulturschaffende und Kulturpolitik in unterschiedlichen Formaten über kulturpolitische Fragen ins Gespräch kommen sollen.

Einsichten – Strukturen der öffentlichen Kulturförderung

Ebenso wie Kultur künstlerische, soziale und wirtschaftliche Aspekte vereint, sind an der Förderung der Kultur neben der Kulturpolitik auch Wirtschafts- und Sozialpolitik beteiligt. Auch das jüngste Konjunkturprogramm für Kultur greift soziale und wirtschaftliche Faktoren auf. Es geht auf die Initiative der Staatsministerin für Kultur und des Bundesfinanzministers zurück. Es wurden die Verbände und Landesregierungen einbezogen; nur die Kommunen blieben offenbar außen vor. Gerade die Städte und Gemeinden tragen aber die Hauptlast der Kulturfinanzierung als eine freiwillige, beim Schuldenstand der Kommunen oft gefährdete Aufgabe. Sinkende Einnahmen bei den Veranstaltungen bzw. sinkende Einnahmen aus der Gewerbesteuer bringen die Kommunen in der Krise in noch größere Bedrängnis. Der Bund hilft durch die Übernahme von Sozialleistungen und macht so Geld für Kulturausgaben frei. Nur solche Umwege lassen scheinbar die durch die Verfassung begründete Verantwortung der Länder (auch) für die Kultur unangetastet. Eine andere Lücke des Sozialstaates wird der Bund mit dem Konjunkturpaket allerdings nicht schließen. Es wird keinen Ausgleich für entgangenen Unternehmerlohn geben. Soloselbstständige Künstlerinnen und Künstler sind zwar kranken- und Rentenversichert. Für eine Absicherung bei Arbeitslosigkeit müssen sie jedoch privat Sorge tragen. Und trotz vereinfachten Regeln des Bundes werden Kulturschaffende im Jobcenter oft wie alle anderen Arbeitslosen behandelt.

Mit der Kulturhoheit der Länder wird einerseits ein föderales Prinzip der deutschen Demokratie umgesetzt; andererseits kann damit ein Gefälle der Kulturangebote zwi-

schen den Bundesländern einhergehen. Während die 2019 eingesetzte Kultur(!)-ministerkonferenz bisher keinen Ausgleich herbeigeführt hat, adressiert der Bund zusätzliche Gelder nicht an die Gebietskörperschaften, sondern an die Verbände. Wie schon bei dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegtem Projekt 'Kultur macht stark' sollen die Fachverbände auch bei dem Konjunkturprogramm die fachgerechte Verteilung der Mittel übernehmen.

Aussichten – Auftakt für kulturpolitische Diskurse

Die als Anreiz zum Nachhören zusammengefasste Diskussion im Deutschen Theater hat nicht nur die Binnenstrukturen der öffentlichen Förderung erstaunlich detailliert beleuchtet. Sondern auch die in der Krise unveränderten Rahmenbedingungen wurden mitbedacht: Das Grundgesetz garantiert zwar die Freiheit der Kunst, nicht aber deren Förderung mit Steuermitteln. Beeinflusst wird die Kulturförderung deshalb einerseits von der Entwicklung des Wirtschaftswachstums und andererseits von den legislativen Weichenstellungen bei der nächsten Bundestagswahl 2021. – Noch ist die Krise nicht überwunden und die Beschreibung der aktuellen Praxis klingt auf beiden Seiten ähnlich. In der Kulturproduktion ist von Einordnen, aktivem Runterfahren und vom vorsichtigen Vortasten die Rede; in der Kulturpolitik gilt es, in der anstehenden (kommunalen) Haushaltsplanung von der Improvisation zur Reflexion und zur Gestaltung zu kommen. Im Vorgriff auf die angekündigte Fortsetzung des 'kulturpolitischen Salons' werden in diesem Beitrag drei bedenkenswerte Felder skizziert. Welche Diskurse für Kulturschaffende und Kulturpolitik bieten sich also an, wenn Unsicherheiten aller Orten die gewohnte Praxis in Frage stellen?

0 Soziale Lage

Die Diskrepanz der Einschätzung der sozialen Lage von Kulturschaffenden ist in den vorgestellten Positionen groß. Künstlerinnen und Künstler erleben sich als Bedürftige, die Kulturpolitik sieht darin einen Rückschritt im Diskurs. Die Förderung aller Soloselbstständigen in der Krise sei nicht finanzierbar und ein Strukturwandel (auch) im Kulturbereich vorhersehbar. Wo sind die Ansatzpunkte, um die soziale Lage der Kulturschaffenden zu verbessern? Praktisch leben viele von einer Mischkalkulation von künstlerischer Tätigkeit und Broterwerb. Die kann sich auf verschiedene Lebensphasen (Stichwort: Altersgrenze im Ballett) oder auf ein Nebeneinander (Stichwort: Unterricht in der außerschulische Bildung) beziehen. In beiden Feldern werden von öffentlich finanzierten Arbeitgebern häufig gering honorierte und befristete Verträge angeboten. Der Sozialstaat könnte nicht nur durch größere Sicherheit in den künstlerischen und ergänzenden beruflichen Feldern entlastet werden. Auch eine Öffnung der Ausbildungsgänge für eine flexiblere Berufstätigkeit könnte der Beschränkung auf wenige berufliche Felder entgegenwirken. Wer auf diese Weise weniger von einem bestimmten künstlerischen Arbeitsplatz abhängig ist, gewinnt als Künstlerin oder Künstler ein größeres Maß an Freiheit.

0 Kulturverbände

Mit dem Konjunkturprogramm sollen die Kulturverbände stärker in die Verwaltung der Förderung einbezogen werden. Sie sollen nach ministeriellen Richtlinien für eine fachgerechte Verteilung der Gelder sorgen. In der Diskussion wurde auch angemerkt, dass die Verbände diese Aufgabe gern und nachweislich kompetent übernehmen können. Doch sei an dieser Stelle daran erinnert, dass der Bund die Verbände eingeladen hat, über einen Umweg eine zusätzliche Förderung zu ermöglichen. Die Freude der Beteiligten über die bereitgestellten Mittel ist groß. Noch größer

wäre sie wohl ausgefallen, wenn der Bund nicht für die originär zuständigen Gebietskörperschaften einspringen müsste. Wenn die Verbände jedoch in die Administration der Exekutive eingebunden werden, entstehen in den Geschäftsstellen der Verbände neue Arbeitsstrukturen mit Personal, Räumen und Bürotechnik. Aus dieser Perspektive könnte sich ein Diskurs über das Verhältnis zur Aufgabe der Verbände als Interessenvertretung ihrer Mitglieder entzünden. Welche Vergabestrukturen entsprechen denn den Interessen ihrer Mitglieder? Sind es die bekannten Wege auch schon bekannter Kolleginnen und Kollegen, die in Jurys über innovative Ideen entscheiden? Sollte nicht eine Stufe höher angesetzt werden, um neue Wege der Vergabe vorzuschlagen und auszuprobieren? Entstehen in den Geschäftsstellen Vorposten des Geldgebers oder bilden die erweiterten Strukturen ein Feld für neue Formen der Selbstverwaltung? Hier könnten Projekte ansetzen, die nicht allein auf eine innovative Angebotsstruktur zielen, sondern eine neue Flexibilität für die Beteiligten zum Einstieg, Umstieg, Ausstieg mitdenken. Die Berücksichtigung der beruflichen Biographien könnte ein weiterer Baustein zur Förderung künstlerischer Dynamik sein.

0 Kunstfreiheit

Kunst sei, so wurde es in der Diskussion formuliert, systemrelevant vor allem als Lebenshilfe. Diese Legitimation der Kunst wird aber seit jeher von den Künstlerinnen und Künstlern abgelehnt. Doch auch ohne den kurzschlüssigen Zusammenhang zwischen Intention und Wirkung der Kunst muss auf einen Nutzen von Kunst und Kultur nicht verzichtet werden. Er liegt vor allem im landläufig Nutzlosen. Indem die Kulturschaffenden eine eigene Sicht präsentieren, liegt der Nutzen für die Leserschaft, das Publikum etc. in der daraus entspringenden anderen Begegnung. Auch dafür wurde in der Diskussion ein Beispiel gegeben. Mit ihren besonderen Dialogen ist die Kunst gerade wegen ihrer in der Diskussion hervorgehobenen 'Widerständigkeit' mitten in der Gesellschaft. Je mehr Menschen intuitiv und reflexiv an solchen Erlebnissen beteiligt sind, umso besser ist die Kultur auch für die in Aussicht gestellten Verteilungskämpfe um die zurückgehenden Steuergelder gewappnet. 'Kultur für alle' und die damit einhergehenden Bildungsprozesse werden so zur Voraussetzung für den Erhalt und die Stärkung der deutschen Kulturlandschaft.



Copyright © Jürgen Kirschner 2020